

Bewerbungsrede für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis 283  
(Emmendingen-Lahr)  
Felix Fischer

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,  
liebe Gäste und Vertreter der Presse,

mein Name ist Felix Fischer, ich bin 25 Jahre alt und seit 2007 Mitglied der FDP. Seitdem war ich Geschäftsführer im OV Teningen, Beisitzer im Kreis- und Bezirksvorstand, sowie stellvertretender Kreisvorsitzender in Emmendingen. Schon nach den Koalitionsverhandlungen und der begonnenen Regierungsbeteiligung 2009 im Bund regte sich bei mir Unmut über die gesetzten Prioritäten, die uns allen hinlänglich bekannt sind und keiner erneuten Aufwärmung bedürfen. Insofern empfand ich den Wahlausgang 2013 – von der Regierung in die APO – als teilweise gerechtfertigt.

Nach dieser Wahl stand ich dann vor der für mich alles entscheidenden Frage:  
Resignation oder Vollgas?

Wie Sie wissen, habe ich mich für Letzteres entschieden und übernahm im Oktober 2013 den Kreisvorsitz hier in Emmendingen und habe mich folgerichtig zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der FDP Südbaden und in den Landesvorstand der baden-württembergischen Landespartei wählen lassen.

Insbesondere die Teamleistung hier im Kreisverband – allen voran mit unserem Kreisgeschäftsführer und Landtagskandidaten Norman Schuster – hat mich zu diesem Schritt bewogen.

Wichtig ist jetzt darum zu werben, dass wir aus unseren Fehlern gelernt haben und eine zweite Chance verdient haben. Gerade die Selbstfindungsphase im Nachgang der Wahl mit dem Leitbildprozess lässt mich hieran wirklich glauben. Gerade aber zur Vermeidung solcher Fehler und zur Rückgewinnung unserer Glaubwürdigkeit ist es jetzt essentiell neben dem erneuerten Programm auch mit neuen Köpfen voran zu gehen. Unseren ehemaligen Abgeordneten ist es nicht gelungen sich in der Koalition

durchzusetzen und liberale Punkte einzubringen. Jetzt wieder mit den alten Gesichtern anzutreten wäre in meinen Augen das falsche Signal und muss verhindert werden. Auch deshalb habe ich mich selbst für eine Kandidatur entschieden. Denn ohne Alternativen anzubieten kann man auch nicht verlangen, dass die personelle Erneuerung gelingen muss.

Lassen Sie mich einige Zeit darauf verwenden, Ihnen meine politischen Überzeugungen zu erörtern. Denn niemand will und soll die Katz im Sack kaufen. Beginnen möchte ich mit einem derzeit dominierenden Thema, womit ich die Wichtigkeit und meine Überzeugung für ein geeintes Europa unterstreichen möchte.

## **1. EUROPA**

Mit Großbritannien scheidet jetzt möglicherweise erstmals ein Mitgliedsstaat aus der Europäischen Union aus. Wir haben besondere Beziehungen zu Großbritannien. In wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch weit darüber hinaus, es sind noch britische Soldaten in unserem Land stationiert. Vielleicht ist dieser Schock aber für uns eine Selbstvergewisserung. Eine Selbstvergewisserung was wir tatsächlich an Europa haben.

Bei allen Rivalitäten, allen Konkurrenzen, allem Wettbewerb auf unserem Kontinent, allen harten Interessengegensätzen um die gerungen wird. Vor 100 Jahren sind diese Interessengegensätze auf dem Schlachtfeld ausgetragen worden – heute, im Sitzungsraum – und allein dafür hat sich der europäische Einigungsprozess schon gelohnt.

Natürlich ist Europa herausgefordert, durch die Flüchtlingskrise, durch die Eurokrise und viele weitere – auch sicherheitspolitische Fragen – in unserer Nachbarschaft. Aber diesen Herausforderungen können wir uns stellen, gemeinsam auch diesen Herausforderungen gerecht werden.

Freiheit, Wohlstand, Frieden! Die werden nicht gefährdet durch Flüchtlingskrise und Euro. Das kann man politisch lösen!

Die große Gefahr vor der Europa steht, das ist ein neuer Nationalismus und

Rechtspopulismus der am Ende dafür sorgt, dass sich jede europäische Gesellschaft diesen Herausforderungen alleine stellen müsste. Da ist die Gefahr, der wir gemeinsam auch begegnen müssen.

Ziel muss es jetzt sein, Europa besser zu machen. Sorgen wir dafür, dass sich die britische Bevölkerung in Zukunft darüber ärgern wird, die EU verlassen zu wollen. Das gelingt aber nicht mit leeren Worthülsen, wie sie derzeit in jeder politischen Sonntagsrede um sich geworfen werden!

Wir brauchen ein Europa der Freiheit, nicht der Ölkännchen! Die EU regelt inzwischen zu viele Dinge, kümmert sich um Kleinigkeiten und kommt bei den wichtigen, großen Aufgaben nicht voran. Das Prinzip der Subsidiarität wird in der Kommission und in anderen europäischen Gremien oft missachtet. So darf das nicht bleiben! Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen – das soll Europa leisten, nicht aber Sozialhilfe verteilen! Wir sollten uns vielmehr vom offiziellen Europamotto leiten lassen und uns nicht im Klein-Klein verrennen.

=> „In Vielfalt geeint“!

Den Einfluss nationaler Parlamente in wesentlichen Fragen stärken und endlich zum Verbot zurückkehren, das Risiko von Schulden einzelner Staaten auf alle anderen zu übertragen. Einen solchen Länderfinanzausgleich auf EU-Ebene lehnen wir, lehne ich ebenso ab wie weitere Hilfen für Griechenland und die Einführung von Eurobonds. Vielmehr sollte endlich die Idee einer europäischen Armee und einem gemeinsamen Außenminister mit Befugnissen wachsen.

Als Idee bzw. Vision schwebt mir ein Europa als Freiheitsordnung und nicht als Superbehörde vor. Eine Gemeinschaft, die Chancen eröffnet und Wohlstand bewahrt. Ich will auch eine Einheit. Die Vielfalt, Privatinitiative, Wettbewerb und Individualität respektiert. Zur Erreichung und Akzeptanz dieser Ziele Bedarf es allerdings des Einsatzes unseres wichtigsten Rohstoffes:

## **2. BILDUNG**

Mit Blick auf andere Länder und die großartigen Chancen der Digitalisierung im

Bildungsbereich wird schnell klar, dass die Welt vor einer Bildungsrevolution steht. Unser bestehendes System ist den Anforderungen der digitalen Welt aber nicht gewachsen und nutzt seine Möglichkeiten nicht. Das ist fahrlässig! Die Bücher, die unsere Kinder in der Schule zu sehen bekommen, sehen immer noch so aus wie vor 20 Jahren. Bei der Nutzung von Computern im Unterricht ist Deutschland internationales Schlusslicht unter Industrieländern. Die IT-Ausstattung an deutschen Schulen befindet sich auf dem Stand von 2006.

**An unseren Schulen darf über die Welt nicht länger berichtet werden, wie sie einmal war, sondern es muss unterrichtet werden wie sie einmal sein wird!**

Übrigens, während sich bei uns Schüler um Computer balgen, bekommt in Estland jeder kostenlos ein Gerät zur Verfügung gestellt.

Diese Tatsache zeigt, dass wir in Baden-Württemberg nicht mit Bayern oder Sachsen im Wettbewerb stehen, sondern mit unseren Nachbarländern wie Frankreich oder Dänemark. Kanzlerin Merkel sagt dazu, dass sie als Bundeskanzlerin über Schulen nicht sprechen darf, weil es nicht ihrer Zuständigkeit unterfällt.

Wie lange kann es sich Deutschland eigentlich noch leisten, dass das Zukunftsthema Nummer eins für die Bundesregierung ein verbotenes Terrain ist?

Der Bildungsföderalismus, wie wir ihn praktizieren, ist nicht Teil der Lösung. Er ist längst zum Problem selbst geworden. Das föderale Bildungssystem sollte also schon allein deshalb eingestampft werden. Wir brauchen einheitliche Bildungsabschlüsse auf hohem Niveau, die dann auch vergleichbar sind. Ganz nebenbei würde uns die Abschaffung des föderalen Bildungssystems 16 Landesbildungsministerien, inklusive Verwaltungsapparate einsparen. Zudem müssen wir die Lernpläne reformieren und endlich raus aus der Kreidezeit kommen. Unsere Schüler werden morgen in Berufen arbeiten, die es heute vielleicht noch gar nicht gibt.

Zudem möchte ich heute ein klares Bekenntnis zur dualen Ausbildung abgeben, für die uns – ganz nebenbei – andere Länder beneiden. Auch den Widerstand gegenüber der Bevorzugung einzelner Schularten werden wir beibehalten. Wir stehen für Bildungsvielfalt, weil wir wissen, dass nicht jedes Kind gleich ist!

Nach Jahrzehnten der Rufe nach mehr Akademikern stehen wir jetzt vor deren

Konsequenzen. Fehlende Fachkräfte, insbesondere in technischen und Pflegeberufen, müssen jetzt zügig ausgebildet und angeworben werden. Dazu bedarf es endlich mehr Anerkennung solcher Berufe und einer angemessenen Bezahlung. Der Meister muss wieder genau soviel wert sein wie der Master!

### **3. WIRTSCHAFT/FINANZEN**

Schon im Interesse unserer Wirtschaft sind wir in der Pflicht, diesen Fachkräftemangel zu beseitigen. Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts: Sie schafft Arbeitsplätze, sodass Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Sie sorgt für Steuereinnahmen, aus denen Rechtsstaat, Infrastrukturen, Kultur- und Sozialstaat finanziert werden. Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist aber kein Selbstläufer – im Gegenteil: Die Bundesregierung ist gerade dabei, sie zu verspielen! Deutschland ist in diesem Jahr aus den Top 10 der wettbewerbsfähigsten Staaten gefallen. Mit dem Bürokratiemonster Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung, Mietpreisbremse und Subventionen für Milchbauern und Elektroautos beweist diese Regierung eindrücklich, dass sie keinen marktwirtschaftlichen Kompass besitzt. Vielmehr wird damit die von uns favorisierte soziale Marktwirtschaft mit Füßen getreten. Eindrücklich wurde dies auch durch ein Gerichtsurteil vom vergangenen Dienstag untermauert, in dem die Ministererlaubnis von Sigmar Gabriel zur Tengelmann-Übernahme von Edeka für rechtsunwirksam erklärt wurde. Einerseits ein guter Tag für Verbraucher, mittelständische Lieferanten, Landwirtschaft und fairen Wettbewerb im Einzelhandeln, andererseits traurig, dass hierfür die der Intervention der Judikative notwendig wurde. Eben dieser vergangene Dienstag hatte gleich doppelte Strahlkraft auf die Wirtschaftskompetenz dieser Regierung. Der Steuerzahlergedenktag, also der Tag, ab dem Steuerzahler statistisch gesehen nicht mehr für den Staat, sondern für den eigenen Geldbeutel arbeiten, verschiebt sich jedes Jahr weiter nach hinten, obwohl die Steuereinnahmen des Staates seit Jahren auf Rekordniveau ansteigen. Die

Kleptomanie von Finanzminister Schäuble bezogen auf das Geld der Bürgerinnen und Bürger muss endlich behandelt werden, auch dafür wollen wir Freien Demokraten endlich kämpfen!

Der Soli muss 2019 auslaufen und darf nicht stillschweigend weiter erhoben und damit zweckentfremdet werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Staat eine einmal erhobene Steuer nicht mehr aufgibt. Auch dann nicht, wenn der Zweck der Steuererhebung entfallen ist. Prominentestes Beispiel hierfür ist die Schaumweinsteuer, die im Kaiserreich zur Finanzierung der kaiserlichen Marine eingeführt wurde. Die Marine gibt es heute nicht mehr, die Schaumweinsteuer besteht hingegen fort. Gleiches gilt für die kalte Progression, die den Staat zu unrecht und ohne Rechtsgrundlage bereichert. Sozialabgaben steigen, Grund- und Grunderwerbssteuern werden erhöht.

Seien Sie beruhigt, ich werde jetzt nicht den alten Slogan „mehr Netto vom Brutto“ auspacken. Die Notwendigkeit von Steuersenkungen, insbesondere Steuervereinfachungen ist heute aber noch genauso akut wie vor sieben Jahren. Nur weil uns damals keine Steuerreform gelungen ist, ist das Ziel nicht weniger wichtig. Unsere Priorität muss also bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung sein: Wenn wir unsere Hauptforderungen nicht im Koalitionsvertrag (ohne Finanzierungsvorbehalt!) wiederfinden gehen wir lieber in die Opposition!

#### **4. REGIONALES**

Gerade in unserer Region hat es sich ja in den letzten Jahrzehnten zu einer Art Hobby entwickelt, sich über die Langsamkeit unserer schweizer Nachbarn zu amüsieren. Vergleicht man aber einmal deren Arbeit bezüglich des Gotthard-Basistunnel, der in ein gewaltiges Projekt durch große Teile Europas und die Schweiz inkludiert ist zeigt sich, dass alle europäischen Staaten mit ihrer Teilumsetzung (Stichwort: 3. und 4. Gleis) um Jahre im Verzug sind und nur die Schweiz die Umsetzungsfristen eingehalten hat. Hier erwarten wir als Freie Demokraten eine schnellere Umsetzung insbesondere in der Rheinschiene. Ebenso wichtig ist es, einen schnellen 6-spurigen

Ausbau der A5 voranzutreiben und eine Platzierung im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu erreichen. Eine parallele Bauausführung von Autobahnerweiterung und Bahnausbau ist dabei schon aus wirtschaftlichen Gründen geboten. Richtigerweise kann man bei diesen Projekten auf den immensen Landschaftsverbrauch und die Flächenversiegelung hinweisen, womit ja insbesondere die Kreisgrünen ihre Ablehnung zu diesen Projekten bekunden. Auch ich sehe diesen Verbrauch durchaus kritisch, halte aber nach Abwägung mit dem Nutzen dieser Projekte eine Durchführung mit entsprechender Schaffung von Ausgleichsflächen als – insbesondere für die Umwelt – noch vertretbar.

An die Adresse der Grünen sei in diesem Zusammenhang gesagt, dass auch der Bau von Fahrradwegen, welche ja – gerade in BaWü - in Hülle und Fülle aus dem Boden sprießen, einen erheblichen Flächenverbrauch und eine Bodenversiegelung mit sich bringen. Nicht jeder Beschäftigte kann nunmal mit dem Fahrrad zur Arbeitsstelle fahren und ist auf eine intakte Infrastruktur – auch für PKWs – angewiesen!

Sehen die Grünen dieses Projekt also nur dann als weniger naturbelastend an, weil es mit der grünen Ideologie in Einklang steht? Die Thematik riecht jedenfalls sehr verdächtig nach Pharisäertum!

## **5. DIGITALISIERUNG**

Nicht nur im Verkehrsbereich ist eine intakte Infrastruktur unerlässlich. Insbesondere unsere Defizite beim Zugang zur digitalen Welt zeigen auf, wie wenig wir auf die Digitalisierung vorbereitet sind und unsere Internetinfrastruktur hinterherhinkt.

In den USA muss seit 2014 jeder neu verlegte Internetanschluss eine Bandbreite von 1 Gigabyte pro Sekunde haben. In Japan ist das sogar schon seit 2008 so!

Ein Gigabyte mobiles Datenvolumen kostet in Deutschland fünfzig Mal mehr als in Finnland und zwanzig Mal mehr als in Frankreich, Großbritannien oder Dänemark.

**Als Industrienation haben wir unseren Wohlstand begründet. Wenn wir ihn behalten wollen, dürfen wir als Internet-Nation nicht länger klein bleiben!**

## 6. RENTE

Kommen wir zu einem der Bereiche, welcher uns in Zukunft vor eine der größten Herausforderungen unserer Geschichte stellen wird. CSU und SPD haben bereits angekündigt, die Rente jetzt zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen. Das hatten wir schon bei der letzten Bundestagswahl.

Die SPD wollte die „Rente mit 63“ - und hat sie bekommen.

Die Union wollte die „Mütterrente“ – und hat sie bekommen.

Beides zusammen kostet die Rentenkasse bis 2030 gut 230 Mrd. EUR.

Finanziert ist die Rentenpolitik nur bis zum Ende der Legislaturperiode. Kein einziger Euro wird nach Bedürftigkeit zur Bekämpfung von Altersarmut eingesetzt.

Die Große Koalition hat die Rente nicht sicherer gemacht, sondern instabil!

Der demographische Wandel in Kombination mit der derzeitigen Plünderung der Rentenkasse bewirkt, dass der Generationenvertrag – der uns über Jahrzehnte eine halbwegs vernünftige Rente gesichert hat – nicht mehr funktioniert.

Wir wollen, dass möglichst alle Menschen ein möglichst sorgenfreies, würdiges Leben im Alter führen können. **Dieses Recht hat aber nicht nur die Generation meiner Eltern und Großeltern. Dieses Recht hat auch meine Generation und die unserer Kinder.**

Einige wollen und können länger arbeiten, einige können das nicht und müssen die Möglichkeit haben, früher in Rente zu gehen. Also brauchen wir einen individuellen Renteneintritt für jeden. **Wer kürzer gearbeitet hat, bekommt eine niedrigere Rente, wer länger arbeitet, eine höhere – ab dem 60 Lebensjahr sollte das endlich jeder selbst entscheiden können.**

Wer etwas gegen Altersarmut tun will, der darf die Menschen aber nicht in die Irre führen: Der Staat wird den Lebensstandard nicht garantieren können.

- Wir brauchen die betriebliche Altersvorsorge, die attraktiver werden muss. Ihre doppelte Belastung mit Sozialabgaben ist unfair.
- Wir brauchen die private Vorsorge. Es ist töricht, dass die private Vorsorge auf die Grundsicherung im Alter voll angerechnet wird. Wenn jemand vorgesorgt



hat, dann muss das im Alter einen Unterschied machen – das ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit.

- Private Vorsorge muss transparenter und in Zeiten von Niedrigzinsen rentabler werden, indem nicht überwiegend Staatsanleihen gekauft werden, sondern zum Beispiel auch Aktien.

- Für mich ist und bleibt ein wichtiger Baustein zur Altersvorsorge das Eigentum. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat größere Freiräume.

Die Zinspolitik treibt aber die Immobilienpreise, die Politik treibt die Kosten durch Baustandards, der Staat erhöht die Grunderwerbssteuer, die vom Bund alleine gelassenen Kommunen die Grundsteuern.

**Diese Politik muss sich ändern! Der Traum von der eigenen Wohnung, dem eigenen Haus muss wieder für mehr Menschen erreichbar sein – denn das ist das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft!**

Forderungen wie von unserem CDU-Wahlkreisabgeordneten Peter Weiß, der es sich seit 18 Jahren in den hinteren Reihen des Bundestags gemütlich gemacht hat, die jetzt eine Einzahlung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenkasse verlangen machen mich quasi sprachlos. Seit 18 Jahren hat dieser Mann, der rentenpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, mit teuren Rentengeschenken an die eigene Wählerklientel zur Instabilität unseres Rentensystems beigetragen und moniert jetzt, dass zu wenige Selbständige für Ihre Rente vorsorgen würden!

**Lieber Herr Weiß! Wir Selbständigen stecken jeden freien Euro in unsere Unternehmen, in der Hoffnung hierdurch auch fürs Alter vorzusorgen!**

## **7. ERBSCHAFTSSTEUER**

Ein späterer Verkauf oder eine Übertragung des Unternehmens auf unsere Erben wird aber jetzt noch zusätzlich mit einer Strafsteuer (auch Erbschaftssteuer genannt) belegt, die die Vorgaben des BVerfG weit übersteigt. Ein kaputtes gesetzliches Rentensystem wird jedenfalls nicht dadurch gerettet, dass man zusätzlich auch noch die Selbständigen um ihre Altersvorsorge bringt. **Ihre Regierung hat eine**

**verfassungsändernde Mehrheit im Parlament und schiebt trotzdem existenzielle Reformen wie die Rentenreform auf den St. Nimmerleins-Tag auf, um die eigene Wählerklientel bei der kommenden Wahl wieder an die Urne zu bekommen. Ein solches Verhalten ist mehr als fahrlässig und bezeichnend für die derzeitige Aussitzregierung!**

## **8. RECHTSSTAATLICHKEIT**

Abschließend möchte ich noch zu einem Punkt kommen, der mir als angehender Jurist sehr am Herzen liegt und bei dem ich für uns als Partei ein großes Profilierungspotential sehe: Die Bewahrung bzw. Wiederherstellung unserer Rechtsstaatlichkeit. PKW-Maut, Vorratsdatenspeicherung, Herdprämie, Erbschaftssteuer – wohin das Auge reicht, hat diese Regierung verfassungswidrige Gesetze hervor gebracht. Es ist doch einer Bundesregierung nicht würdig, dass das BVerfG in Karlsruhe in beachtlicher Kontinuität die beschlossenen Gesetze kassiert. Wie sollen die Bürger vertrauen in eine Regierung haben, die noch nicht einmal in der Lage ist, verfassungsgemäße Gesetze zu erlassen?

Gleiches gilt für die Innere Sicherheit. Insbesondere nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht wurde über die stärkere Überwachung von öffentlichen Plätzen debattiert. Fakt ist aber, dass diese anlasslose massenhafte Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern einen schwerwiegenden Eingriff in Grundrechte darstellt und keine dieser Kameras eine dieser abscheulichen Taten verhindert hätte. Eine Kamera schaut im Gegensatz zu stationierten Polizisten nur zu, vorausgesetzt die zahlenmäßige Präsenz ist ausreichend. Wir Liberale setzen uns daher für die Schaffung neuer Polizeistellen. Allerdings nicht für die von Herrn de Maiziére vorgeschlagenen Hilfspolizisten, denn man rettet den Rechtsstaat nicht, indem man ihn durch eine Art Bürgerwehr abschafft. Es schlägt ja auch niemand ernsthaft vor, dem Landärztemangel damit zu begegnen, dass man Hilfsärzten ein Skalpell in die Hand gibt, ihnen einen weißen Kittel überzieht und sie in den OP stellt.

**Wir fordern die Ausbildung von mehr Polizisten, die auch durch eine gute**

**Ausrüstung geschützt sein müssen.**

## **9. SCHLUSS**

Die letzten Landtagswahlen haben gezeigt, dass die Menschen ein bürgerliches Angebot zwischen der CDU, die längst links von der Mitte steht und der AfD ganz rechts außen sucht. Ich bin überzeugt, dass wir mit einem ehrlichen Wahlkampf eine demokratische Alternative anbieten können, die die sozialdemokratische Politik in Berlin aufmischen möchte.

Mein Name ist Felix Fischer, ich bin geschäftsführender Gesellschafter meines eigenen Unternehmens, welches ich während meinem Abitur aufgebaut habe und Jurastudent, der sein Studium im kommenden Frühjahr abschließen wird.

Ich würde mich freuen für Sie und für Euch im Wahlkreis Emmendingen-Lahr um ein Bundestagsmandat zu kämpfen und strebe zudem einen aussichtsreichen Landeslistenplatz in der TOP 10 an, sofern Sie mir Ihr Vertrauen schenken. Danke!